

1911. 478 62 100 118 1869 2229 2427 2710 2835 3027 3200 3372 3544 3716 3888 4060 4232 4404 4576 4748 4920 5092 5264 5436 5608 5780 5952 6124 6296 6468 6640 6812 6984 7156 7328 7500 7672 7844 8016 8188 8360 8532 8704 8876 9048 9220 9392 9564 9736 9908

# Sächsische Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1911. Nr. 434. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 204.

Wohlfahrt für Halle und Thieritz 2.50 RM., durch die Post bezogen 3 RM. für die Vierteljahre. Die Sächsische Zeitung erscheint wöchentlich zweimal. — Gratis-Beleg: Galtischer Courier (Mitt. Beilagen). In Unterhaltungsblatt (Sonntagsblatt), Bannb., Beilagen.

Wohlfahrt für Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61 u. 62. Telefon 155 u. 158; Redaktions-Telephon 1278. Druckerei: Dr. Walter Gebelien in Halle a. S. Freitag, 15. September 1911. Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30. Telefon Amt VI Nr. 16290. Druck und Verlag von Otto Zlotse in Halle a. S.

### Wahlkreiseinteilung.

Woran mag es wohl liegen, daß der Deutsche Städtetag, der unlogisch ein beträchtliches Maß von Intelligenz vereint, selbst in den Kreisen des städtischen Bürgertums so wenig Beachtung findet? Einer der Hauptgründe wird die Einseitigkeit sein, mit der diese Versammlung auf die großstädtischen Interessen gestimmt ist, wobei sich als Unterton auch noch eine parteipolitische Einseitigkeit einstellt, die aus mancherlei Großstädtern, namentlich aus Berlin, zu Gemüte gekommen ist. Doch ist nicht vergeblich, mit welcher Gründlichkeit der frühere Reichstag die Oberbürgermeister in Baden bei der Frage der Kreisverteilung die großstädtischen, freiwirtschaftlichen Interessen der Versammlung und ihre Unbilligkeit gegen andere gestimmte Interessen aufzuheben verstand. In diesem Jahre ist der Deutsche Städtetag, oder richtiger Großstädtetag, zu seiner Freude durch mittel- und kleinstädtische Elemente nicht gestört worden, und so konnte er u. a. eine von Dr. Werf-Münch begründete Resolution über die Neueinteilung der Reichstagswahlkreise einstimmig annehmen. Die Entschließung spricht Bedauern darüber aus, daß die jetzigen Bestimmungen über das Wahlrecht zum Reichstage für die in Einwohnernzahl stark gewachsenen Wahlkreise, insbesondere solche mit städtischer Bevölkerung, eine durchaus ungenügende Vertretung mit sich brächten; dieser Zustand bedürfe dringend der Abänderung. — Wenn sich der Großstädtetag mit solcher Begehrtheit an einen — Sorbberger — Stühlen verlammt, braucht er sich wahrlich nicht zu wundern, wenn sich viele Gänzen von seinen Verhandlungen abwenden. Das ist doch unbedeutend, daß von der Entwicklung des neuen Deutschen Reiches die größeren Städte die höchsten Vorteile haben. Aber es scheint, als gäbe von ihrer Politik der Rhein: Je mehr sie hat, je mehr sie will, nie schwächen ihre Kräfte.

Nach § 5 des Wahlgesetzes für den Reichstag wird auf durchschnittlich 100 000 Seelen derjenigen Bevölkerungszahl, welche den Wahlen zum verfassunggebenden Reichstage zugrunde gelegt hat, ein Abgeordneter gewählt. Der Schlüssel, der vielfach mißdeutet ist, oder lediglich bundesrechtliche Willkür ausschließen will, besagt: „Eine Vermehrung der Zahl der Abgeordneten infolge der steigenden Bevölkerung wird durch das Gesetz bestimmt.“ Der Sinn dieses Paragraphen geht also dahin, daß, wenn je die steigende Bevölkerung eine Vermehrung der Abgeordneten nahelegt, nicht der Weg der bundesrechtlichen Verordnung zu wählen ist, sondern die Gesetzgebung, daß man dann aber die grundlegende Einteilungsziffer von 100 000 Seelen beizubehalten hat. Auch die Väter dieses Wahlgesetzes haben also die starke Volksvermehrung auch nur in den vier nächsten Jahrzehnten nicht voraussehen können. Die spätere Zeit hat aber recht damit getan, eine Erhöhung der Abgeordnetenwahl nicht herbeizuführen, sondern sich mit 397 Volkvertretern zu begnügen. Jedenfalls wird § 5 des Wahlgesetzes von demokratischer Seite zu Unrecht als Feinde dafür herangezogen, daß auch bei Weibehaltung der jetzigen Zahl der Reichstagsabgeordneten eine Neueinteilung der Wahlkreise, etwa an der Hand der jeweilig letzten Volkszählung, erfolgen müßte. Bei Erlass dieses Wahlgesetzes konnte auch niemand ahnen, daß die Zunahme der Bevölkerungszahl in der Hauptstadt lediglich die einzelnen Gemeinden und Bezirke zugute kommen werde. Nachdem diese Entwicklung aber eingetreten ist, kann sie nicht unbedeutend bleiben, und da darf es, obwohl es der Großstädtetag behaupten möchte, nicht als gerecht bezeichnet werden, daß zu der bedrohlichen Entvölkerung des platten Landes, zum Stillstand vieler kleiner und zum nur langsamen Vorwärtsschreiten mancher mittleren Städte nun auch noch die politische Entrechnung hinzugefügt werden müßte. Nach einem Schillerwort soll man die Stimmen wägen und nicht zählen. Das erinnert an die Verhältnismäßigkeiten der Wähler. Der bodenständige Mittelstand in Stadt und Land ist höherwertig im Vergleich zu den internationalen Gesinnten. Wo aber eine Gleichwertigkeit der Wähler nicht besteht, verzieht man auf mechanische Gleichmächerei bei Abgrenzung der Wahlkreise.

Die Kämpfe um die elsass-lothringische Bevölkerung sind noch in frischer Erinnerung. Obwohl es auf ein Ausnahmegericht hinausläuft, bestimmen zu wollen, Preußen dürfe im Bundesrat keinen Nachschuß erlangen, haben sich Bundesrat und Reichstagsmehrheit schließlich doch auf diesen Gedanken festgelegt, und so kam man zu der unglücklichen „Lösung“, die elsass-lothringischen Bundesratsmänner werden nur gewählt, wenn sie gegen Preußen abgestimmt werden. Diese Regelung ist für die Frage einer Wahlkreiseinteilung nicht belanglos. Wie soll freilich eine solche Neueinteilung vorgenommen werden? Diese Frage hat sich bisher reichlich verknäuelst worden, und aus der Entschließung des Großstädtetages klingt nur die alte Weisheit heraus: „So kann es nicht weitergehen.“ Nun könnte man

ja die Bevölkerungsziffer der einzelnen Bundesstaaten durch die Zahl der diesen nach dem Wahlgese über der Verfassung stehenden Reichstagsmandate dividieren und die zu den einzelnen Wahlkreisen gebührende Einwohnerzahl würde gegeben. Aber dann würde die Größe der Wahlkreise in allen Einzelstaaten verschieden sein, und der Abstand von demokratischen Gleichheitsideal wäre beträchtlich. Bleibt also nur übrig, die neuermittelte Bevölkerungszahl des ganzen Reichs durch 397 zu teilen. Dann würde zur Verwirklichung des Großstädtetages die Kette der großstädtischen Abgeordneten sich erheblich verlängern, mehrere kleine Bundesstaaten, die jetzt ohne Rücksicht auf ihre Bevölkerungszahl je einen Abgeordneten entsenden, gingen allerdings leer aus, und der Einfluß des dünner besiedelten Südens wäre ordentlich zusammengefallen. Ist das ein Mittel zur Erhaltung und Gebung der Reichsfreiheit? Und wie kommt gerade ein süd-europäischer Kommunalpolitiker dazu, die politische Schwächung des Südens zu fordern, nachdem die politische Stärkung des Nordens bei der elsass-lothringischen Frage lohnend befähigt worden ist? Das eine Neueinteilung der Reichstagswahlkreise, wenn sie höhere Berücksichtigung der Großstädte erteilt, Wasser nur auf die sozialdemokratischen Wäulen leiten kann, darf gleichfalls nicht übersehen werden.

### Die Marokko-Verhandlungen.

Die Auffassung in Wien. Folgende Meldung aus Wien zeigt eine günstige Auffassung der Frage: Zur Meldung nationalistischer Pariser Blätter, daß Frankreich die deutschen Forderungen einfach ablehne, wird der „Neuen Freien Presse“ aus Paris telegraphiert, daß die vom französischen Ministerrat beschlossene Antwort in Form und Inhalt den deutschen Wünschen entgegenkomme.

Zum Fall Carwright schreibt die Norddeutsche Allgemeine Zeitung: „Die kaiserliche Regierung hat auf Anfrage von der königlich großbritannischen Regierung die Mitteilung erhalten, daß der englische Vorkämpfer in Wien wieder den bekannten Artikel der „Neuen Freien Presse“ inspiriert, noch die ihm von dem Verfasser des Artikels zugeschriebenen Versicherungen getan hat. Damit ist der Zwischenfall für die kaiserliche Regierung in befriedigender Weise erledigt.“

Die Lage in Marokko. Aus Fez wird gemeldet, daß die Verluste der Mahalla Fremden bei dem Zusammenstoß mit den Mit Jussi zehn Tote und zehn Verwundete betragen. Die Mit Jussi wurden mit starken Verlusten zurückgeschlagen. Der Zustand des verwundeten Leutnants Prioux ist lebensgefährlich.

Falschungen! Aus Paris wird uns unter dem 14. September gemeldet: Heute früh ging in Lüneville das Gerücht um, daß 25 deutsche Planen in der Umgebung der Stadt gefahren worden seien. Major Magnin, der Stabschef der dortigen Kavallerie-Division, entsandte Genarmen und eine Eskadron Chasseurs in die in Betracht kommenden Gemeinden und in die benachbarte Richtung. Man fand aber keinen Menschen, der deutsche Heiter geäußert hätte. Man glaubt es mit Leuten zu tun zu haben, die Falschungen zum Opfer gefallen sind. Die Präsektur des Departements Meurthe-et-Moselle und das Ministerium des Innern bezeichnen das Gerücht in aller Form als unrichtig.

Deutschland kämpft den Kampf Englands. Wie uns aus London gemeldet wird, erklärte Cunningham Graham, eine bekannte Marokko-Autorität, im „Evening Standard“: „Deutschland kämpft den Kampf Englands, denn wenn die Franzosen freie Hand in Marokko erhalten, so würden sie ohne Zweifel den englischen Handel ebenso ausschließen, wie sie es in Madagaskar getan haben.“

Belgiens Rütungen. Wie die Brüsseler Abendblätter melden, werden in Belgien nicht nur die Reservisten der Genietruppen 1907 entlassen, sondern auch noch die Jahrgänge 1906, 1907 und 1908 einberufen werden.

### Deutsches Reich.

\* Kaiser und Kanzler. Der Kaiser hörte Donnerstag vormittag im Neuen Palais zu Potsdam den Vortrag des Reichskanzlers. Der Reichskanzler folgte darauf einer Einladung seiner Majestät zum Frühstückstisch.

\* Das 50jährige Militärjubiläum des Generalobersten v. Pflessen. Im Neuen Palais bei Potsdam fand am 14. September des 50jährigen Militärjubiläum des Kommandanten des kaiserlichen Hauptquartiers, Generalobersten von Pflessen, am Donnerstag abend 8 Uhr in der Jaspis-Kapelle bei seiner Majestät dem Kaiser Tafel statt. Generaloberst von Pflessen saß zur Rechten des Kaisers. Ferner

waren u. a. geladen: Generaloberst v. Kessel, Kriegsminister v. Geeringer, der kommandierende General des Gardekorps, v. Pöhlmann, der russische Generalmajor v. Zakschewsky, Oberhofmarschall Graf Gullenburg sowie das gesamte Hauptquartier des Kaisers.

\* Die Reise des Kronprinzen nach Danzig. Seine kaiserliche Hoheit der Kronprinz ist am Donnerstag abend 10 Uhr 55 Minuten vom Bahnhof Charlottenburg nach Danzig abgereist.

\* Aus der Armee. Das „Militärwochenblatt“ meldet: Für den Chef des Ingenieurkorps, und v. Rühlmann, kommandierender General des 6. Armeekorps, sind zu Generalen der Infanterie ernannt worden, Herr v. Gahl, zuletzt Gouverneur von Altona, wurde der Charakter als General der Infanterie verliehen. v. Oerzen, Generalleutnant und Abteilungschef im Militärabteilung, ist zum Vorkämpfer der Obermilitärprüfungs-Kommission ernannt. Oberstleutnant Ruff zu Fürstenberg wurde der Charakter als Oberst verliehen. In Genehmigung des Hofkriegsministeriums ist die Disposition gestellt worden Herr v. Rühlmann, Generalleutnant und Kommandant von Altona. Ferner gibt der „Militärwochenblatt“ folgende Ordensauszeichnungen bekannt: Es wurden verliehen, der Stern der Komture des kaiserlichen Hausordens von Hohenzollern dem General v. Pöhlmann, dem General der 2. Korps und dem General der 11. Division v. Gahl; der rote Adlerorden erster Klasse mit Eichenlaub dem General v. Pflessen v. Bittenberg, Kommandierenden des 9. Korps.

\* Aus der Marine. Mit der vor einigen Tagen erfolgten Stellung des Prinzen Georg von Bayern à la suite des 2. Seebataillons ist die Zahl der Kaiserlichen Marineoffiziere von 3111 auf 3127, Kommandierenden des 2. Korps und dem General der 11. Division v. Gahl; der rote Adlerorden erster Klasse mit Eichenlaub dem General v. Pflessen v. Bittenberg, Kommandierenden des 9. Korps.

\* Die Ordensverleihung an den spanischen Vorkämpfer. Zu der Verleihung des Großkreuzes des Roten Adlerordens an den spanischen Vorkämpfer in Berlin, L. Polo de Vernabe, schreiben die „Mittl. N. Nachr.“: „Die hohe Ordensauszeichnung, die der deutsche Kaiser dem spanischen Vorkämpfer verliehen hat, erhält durch die Zeitumstände eine politische Bedeutung, die in Paris sicherlich Beachtung finden wird. Aus sicherer Kenntnis der Dinge heraus kann erklärt werden, daß Spanien zu seinem Vorgehen in Marokko niemals und in keiner Weise von Deutschland ermuntert worden ist. Was Spanien an Truppenlandungen, Besetzungen und Expeditionen im Scherenschnitt getan hat, ist völlig seiner eigenen Initiative entsprungen. Wenn irgend einer anderen Macht das „Verdienen“ einer Auszeichnung für Spaniens Handeln zukommt, so ist das nur Frankreich, das die Aggressionen schwer und oft verleitet und dem Vorkämpfer nach § 2 a dem spanischen Vorkämpfer die Anerkennung für ein militärisches Vorgehen gegeben hat. Das dies Verleihen Spaniens den Franzosen unannehmlich ist, braucht uns nicht anzulegen zu sein. Die Auszeichnung des spanischen Vorkämpfers am Berliner Hofe in diesem Augenblick ist jedenfalls ein greifbar deutliches Zeichen für gute Beziehungen zwischen Berlin und Madrid.“

\* Das deutsche Schulschiff „Sania“ ist von Queenstown nach Vigo in See gegangen.

\* Die Aufhebung der Einfuhrzölle und die Wiedereinführung des Identitätsnachweises steht seit einiger Zeit im Mittelpunkt der Erörterung. Die vorwiegend industriellen Interessen dienende „Deutsche Volkswirtschaftliche Korrespondenz“ schreibt zu der Frage: „Die fortschrittliche Presse hat unter Berufung auf die Steigerung des Getreidepreises das Quatitativs-gesetz ein brauchbares Thema aufgegriffen und verlangt die Wiedereinführung des Identitätsnachweises, also die Aufhebung der Einfuhrzölle. Diese Forderung schießt weit über das Ziel hinaus, das nur darin bestehen darf, daß den wirklich erwiesenen Mißbräuden ein Riegel vorgehoben wird. Wie das zu geschehen hätte, darüber müßte vor allem die Regierung, die allein einen vollen Überblick über die einschlägigen Verhältnisse hat, sich äußern. Hierzu wird zunächst festzustellen sein, aus welchen Gründen die Roggenpreise in die Höhe gegangen sind. Die starke Roggenausfuhr der letzten Jahre spricht dafür, daß die Inlandpreise im allgemeinen sich nicht über ein Niveau emporgehoben haben können, das gebildet würde aus dem Weltmarktpreis mit Zuschlag des deutschen Zolles. Denn wäre es anders, so hätte die Ausfuhr keine Veranlassung. Sie würde dem Verbraucher (bei Mißverteilung des Volles in Form der Getreidebeihilfen) nicht mehr als den Weltmarktpreis eintragen, während beim Absatz im Inlande ein größerer Gewinn erzielt werden müßte. Die freiwirtschaftliche Agitation gegen die Einfuhrzölle hat einen doppelten Boden. Sie spiegelt den Sublimus vor, daß die Brotverwertung Deutschlands durch die hohen Getreidepreise bedroht sei, daher müsse die





